

Plenarsitzung vom 29.Mai 2006

Sehr geehrter Herr Präsident,
Sehr geehrte Mitglieder des Parlamentes und der Regierung,

In unserer Stellungnahme werde ich nicht auf diejenigen Punkte der Regierungserklärung eingehen, denen die VIVANT- Fraktion zustimmt. Als Beispiel nenne ich die Kreditgarantie für die WFG in Höhe von 500.000€. Das Hervorheben der positiven Aspekte haben sich verständlicherweise die Sprecher der Mehrheitsfraktionen bereits ins Manuskript geschrieben. Die VIVANT- Fraktion wird bei der heutigen Stellungnahme ihrer bisherigen Linie treu bleiben. Wir bemühen uns, die wirklichen Ursachen bestehender Probleme aufzuzeigen und dauerhafte bzw. zukunftsweisende Lösungen zu fordern.

Unter dem Problem der Verschuldung und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit leidet auch die DG in zunehmendem Maße!

In Belgien sind mehr als 1 Million Menschen arbeitslos, d.h. 10% der gesamten und 25% der berufstätigen Bevölkerung. Obschon unsere Lage in Ostbelgien noch deutlich besser ist als in der WR. , so sind während der letzten Jahre auch hier die Arbeitslosenzahlen gestiegen.

Woran liegt das? Selbst wenn verständlicherweise der technische Fortschritt und Konkurrenz bedingte Auslagerungen Arbeitsplätze im Bereich der Industrie wegfallen lassen, so wissen wir doch, dass im Dienstleistungsbereich genügend Arbeit geschaffen werden könnte. Sei es im Gewerbe, in der häuslichen und der Altenpflege oder im Krankenhauswesen, sei es im Unterricht, in der Ausbildung oder in der Forschung. Warum können Sie, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, dann nicht, gemeinsam mit den föderalen und den regionalen Stellen, die notwendigen Schritte zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit in der DG einleiten?

Die wirkliche Ursache des wirtschaftlichen, arbeitsmarktpolitischen und sozialen Rückgangs unserer Gesellschaft ist für uns alle leicht ersichtlich: Es ist die kontinuierlich

ansteigende und vollkommen unnötige Verschuldung. Es lässt sich mit Nichts rechtfertigen, dass die Allgemeinheit für teure Zinsen Geld bei den privaten Geschäftsbanken leihen muss! Dieses gleiche Geld kann auch zinsfrei für das Allgemeinwohl zur Verfügung gestellt werden! Unser Zinssystem ist pervers: Es ist in etwa so, als würde man den Landwirt für den Verzehr der von ihm selbst produzierten Nahrungsmittel mit einer Gebühr belasten.

Sichtbare Zeichen in der DG dieser auf höherer politischer Ebene selbst verursachten Misere sind:

- 1) die 4,55 bis 4,77 Mio. € für Kapital- und Zinszahlungen in den Jahren 2009 bis 2017. Durch die erneute Umschuldung im Jahre 2005 und nach der ersten Umschuldung in 2004, haben Sie den Würgegriff durch die Bankschulden für einige Jahre etwas lockern können. Aber die Banken lassen sich für diesen Service fürstlich bezahlen!
- 2) die Transaktionen um den Erbpachtvertrag eines Gebäudes, Gospertstrasse 42. Diese Transaktion bezeichnet der RH als das was sie ist, nämlich eine versteckte Anleihe.
- 3) Auch die neue Berechnungsweise der Inflationsrate, welche dazu führt, dass der DG nun 1.420.000€ weniger an föderaler und wallonischer Dotation zur Verfügung stehen, kann als Hinweis gewertet werden, dass die finanzielle Situation des Föderalstaates und der WR auf eine Katastrophe zusteuert! Wir kennen die Zahlen der Verschuldung auf föderaler und wallonischer Ebene. Wir wissen, dass sowohl die privaten Geldvermögen, als auch, in gleicher Höhe, die öffentliche Verschuldung exponentiell wächst. Genau dieser Schuldenstand ist jetzt nahe am steilen Anteil der exponentiellen Kurve angekommen. Erst vor wenigen Tagen ist die Föderalregierung wieder aktiv geworden, indem sie Staatsbons zu einem Zinssatz von 3,5% ausgeschrieben hat, Zinsen welche die Geldeigner kassieren und die Steuerzahler bezahlen. Immer wieder können wir feststellen: Die Schulden von heute, sind die Steuern von Morgen.

Frau Prof. Kennedy hat gestern während ihres Vortrags im Europa-Saal klar und deutlich die Lösung aufgezeigt. Diese ist denkbar einfach, aber sie muss von der Politik beschlossen werden.

Wie schnell und wie einfach das möglich wäre, zeigt sich beim Fonds de Participation, bei welchem belgische Staatsbürger unter 30 Jahren, die sich zum ersten Mal selbständig machen, einen **zinslosen** Mikro-Kredit von 4.500€ als Startkapital erhalten können. Hätte der belgische Staat die Geldhoheit, dann könnten alle finanziellen Mittel, zinsfrei, und nicht nur als Mikro-Kredite, für viele weitere Maßnahmen zur Verfügung stehen.

Politiker müssen offensichtlich, um glaubwürdig zu erscheinen, in den einzelnen Fachbereichen, den Rat von Experten einholen.

Warum berücksichtigen die Wirtschaftsberater der Politik das Geldproblem nicht? Warum wird dieses gravierende Geldproblem totgeschwiegen?

Prof. Wolfgang Berger aus Karlsruhe, selber Wirtschaftswissenschaftler, gibt als Grund die Tatsache an, dass jede einzelne Wissenschaft auf Paradigmen, auf Grundüberzeugungen aufbaut. Wer von diesem Weg abweicht, wird aus seiner Zunft ausgeschlossen. So erging es 1865 dem heute berühmten ungarischen Gynäkologen Ignaz Philipp Semmelweis, der bei seiner Tätigkeit in Wien festgestellt hatte, dass die Rate an Kindbettfieber mit Todesfolge sehr stark gesunken war, seitdem er und seine Hebammen sich, vor den Untersuchungen und vor der Entbindung, die Hände gründlich mit Chlorwasser desinfizierten. Er begründete diesen Erfolg mit Leichenpartikel, den Begriff "Bakterien" gab es damals ja noch nicht. Ein Professor der Pathologie hatte sich an einem seiner Instrumente verletzt und war an einem ähnlichen Fieber wie die Gebärenden verstorben. Die Kollegen von Semmelweis, die in ihren Praxen eine viel höhere Todesrate zu verzeichnen hatten als Semmelweis, 31,3% gegen nur 0,75%, hörten nicht auf, gegen Semmelweis vorzugehen, ihn lächerlich zu machen, bis man ihn schließlich als geistig unzurechnungsfähig erklärte und in der Psychiatrie internierte. Dort verstarb Semmelweis an seinem Kummer nach wenigen Wochen. Auch die Geschichte des ersten gesteuerten Motorflugs durch die Gebrüder Wright im Jahre 1903 ist bezeichnend: Der Reporter, der über diesen Flug in seiner Redaktion begeistert berichtete, wurde auf der Stelle gefeuert. Es war doch vermeintlich blanker Schwachsinn zu behaupten, dass ein metallenes Ding aus eigener Kraft durch die Luft

fliegen könnte. Es dauerte 4 Jahre bis die Presse über diese Erfolge berichtete.

Und bezogen auf unser Anliegen: Das Thema "Geld" gehört nicht zu den Grundüberzeugungen der Wirtschaftswissenschaftler.

Für die falschen Lehrmeinungen der Wirtschaftsexperten, so Professor Berger, bezahlen weltweit eine Milliarde Arbeitslose mit ihrer Menschenwürde und in jeder Stunde 3000 Hungernde und Durstende mit ihrem Leben.

Sie sehen also, Herr Ministerpräsident, wer te Mitglieder der Koalition und der Regierung, es ist nicht wenig, wofür die VIVANT- Fraktion von Ihnen und von Ihrer Partei Initiativen erwartet!

Ich möchte an dieser Stelle gewisse Punkte des Ausgabenhaushaltes kurz ansprechen.

1. Die Personalkosten der DG

- Wer verschuldet ist, der sollte logischerweise sparen. Und deshalb sollten wir hier, Parlament und Regierung, als Erste mit gutem Beispiel vorangehen.

Im Ausgabenhaushalt sind die Personalkosten in den Bereichen Parlament, Regierung und Ministerien mit 15.709.000€ oder mehr als 628 Millionen alte belgische Franken eingetragen. Angesichts der Höhe dieser Ausgaben erscheint uns ein Umzug des Parlamentes unverantwortlich und indiskutabel! So besteht ebenfalls nach unserer Auffassung im gesamten Ausgabenhaushalt ein dringender Bedarf an Einsparung und Durchforstung. Wenn man bedenkt, dass laut Rechnungshof die DG voraussichtlich erst ab 2020 erneut finanziellen Handlungsspielraum erhalten wird, sind Investitionen in Großprojekte, welche nicht unbedingt existenziell notwendig sind, wie zum Beispiel das Kulturzentrum in Eupen, vor unseren Wählern und ganz besonders vor unsern Kindern und Enkelkindern einfach nicht mehr zu verantworten!

- Wenn ich hier erneut das geplante Kulturzentrum in Eupen anprangere, dann bedeutet das nicht, Frau Weykmans, dass die VIVANT- Fraktion Kürzungen im kulturellen Bereich fordert, dort wo Zuschüsse der DG konkrete kulturelle Betätigungen der Bevölkerung ermöglichen. Das fordern wir auch nicht in den Bereichen Jugend-

Volks- und Erwachsenenbildung oder für den Bereich des Sports. Aber wir sind nach wie vor NICHT einverstanden mit großen umstrittenen Infrastrukturmaßnahmen, allen voran das Kulturzentrum "Alter Schlachthof", welche immer noch im Infrastrukturplan herumgeistern. Diese Vorhaben müssen, angesichts der finanziellen Lage und der viel dringlicheren gesellschaftlichen Aufgaben, zurückgestellt werden.

Die vor Monaten von der Regierung vollmundig angekündigte Durchforstungsaktion sollte zuerst an diesen Stellen ansetzen. Insgesamt ist in der Haushaltsanpassung leider nicht viel an Durchforstung zu sehen! Es wird vielmehr weiter investiert, erworben, renoviert, eingestellt und geplant in einem Ausmaß, so als stünde der Regierung bereits jetzt zinsloses Geld zur Verfügung, ich wiederhole: so als stünde der Regierung bereits jetzt zinsloses Geld zur Verfügung!

2. Die Wärmedämmungsmaßnahmen

In der Regierungserklärung zur Infrastrukturpolitik haben Sie gesagt, Herr Ministerpräsident, dass wir heute die Straße bauen müssen, auf der die nächste Generation fahren wird. Sie haben auch gesagt, dass wir heute die Bedürfnisse von Morgen erkennen müssen, um dann entsprechend zu handeln. Dem kann die VIVANT- Fraktion zustimmen, vorausgesetzt, dass Sie mit dieser Aussage zuerst die existenziellen Bedürfnisse ansprechen. Wir begrüßen natürlich die Planungen zur Einsparung von Energie, z.B. durch die bessere Wärmedämmung der öffentlichen Gebäude.

Was glauben Sie wohl, Herr Ministerpräsident, wie froh die VIVANT- Fraktion ist, dass Ihre Verfassungsbedenken vom 6. Dezember 2004 bezüglich der Mittelverwendung in Klimaschutzmaßnahmen jetzt nicht mehr bestehen. Sie hatten uns damals der Anstiftung zum Verfassungsbruch bezichtigt. Im Nachhinein ist die Frage erlaubt, ob das wirklich nötig war. Schön dass Sie Sich jetzt auch für die Energiepolitik in der Verantwortung fühlen, obschon Letztere keine Gemeinschaftskompetenz darstellt! Diese Initiative sollte nur der Anfang sein. Entscheidungsträger müssen endlich zur Kenntnis nehmen, dass wir unseren Enkelkindern

eine Schrecken erregende, eine erbärmliche Welt hinterlassen, wenn wir das Klimaproblem jetzt nicht ganz tatkräftig anpacken.

Wie können wir vorgehen?

Erstens.

Intensive Informations- und Lobby-Arbeit in allen politischen Gremien, welchen Sie als Minister der DG beiwohnen, mit dem Ziel, gesetzliche Rahmenbedingungen in Namur und in Brüssel herbeizuführen, die die Menschen zum richtigen Handeln in Energiefragen veranlassen.

Eine der wichtigsten gesetzlichen Maßnahme ist die progressive Erhöhung des Energiepreises, bei gleichzeitiger Subsidierung der Nutzung erneuerbarer Energien und Gewährung eines Energieschecks an alle Haushalte! Wer jetzt noch für preiswerte Energie plädiert, der setzt sich ein für Energieverschwendung auf allen Ebenen so wie bisher, der nimmt auch die weitere Verschwendung von Ressourcen durch die Industrie und somit den Abbau von Arbeitsplätzen billigend in Kauf.

Die Gemeinde Amel stand einmal für den Slogan "Amel- Nein danke!" bzw. "Atommüll – Nein danke!" Die Bevölkerung von Amel hatte damals Recht mit ihrer Kampagne und genauso muss es heute wiederum heißen: "Atomkraft – Nein Danke!" Wer sich heute einsetzt für eine Verlängerung der Laufzeiten oder sogar für den Neubau von AKW's, der macht sich mitschuldig an Millionen von Toten in den Entwicklungsländern. Weiter auf Atomkraft bauen, bedeutet Verzögerung bei der Einführung der Erneuerbaren Energiequellen. Die Interpellation des Regionalabgeordneten Edmund Stoffels in Namur mit der Aussage "Atomkraft ist nicht die Lösung, sondern ein Teil des Problems" ist in diesem Zusammenhang sehr lobenswert.

Zweitens:

Konkrete Energie- Maßnahmen in der DG, welche weit über die von Ihnen geplanten Vorhaben hinausgehen. Und zwar sowohl in Bezug auf den effizienten Umgang mit Energie, als auch in Bezug auf den Aufbau der Infrastruktur zur Nutzung aller bewährten, solaren Energieformen.

Drittens:

Intensiver Einsatz auf föderaler Ebene, um eine Reform in der Frage der Geldhoheit zu erreichen, wie oben dargelegt. Warum? Weil wir dadurch dann in logischer Folge die Durchsetzung von Punkt 1 und Punkt 2 finanzieren können.

Die Ursache für die "Neue Armut", welche die Organisationen "Wohnraum für alle" in St.Vith und der Vinzensverein in Eupen beobachten, liegt nach Meinung international anerkannter Experten in der Tatsache begründet, dass die großen Geldvermögen die arbeitende und Steuern zahlende Bevölkerung gewissenslos ausbeuten. Das geschieht mit den Instrumenten der privaten Bankinstitute, sprich Kreditvergabe gegen Zins und Zinseszins. Heute stammen bereits 90% der von den privaten Banken gewährten Kredite aus Zinseszinsguthaben. Wenn dann ein Jean-Claude Juncker sich entrüstet über die Europa-Verdrossenheit der Menschen in Europa, so geschehen vor wenigen Tagen in Aachen, dann sollte er mal den Text des Artikels 181 der neuen EU-Verfassung, für die er sich ja in unveränderter Form einsetzt, gründlich lesen! Dort steht, und es ist eine Übernahme des bestehenden Vertragsrechtes, dass nur die privaten Banken das Recht haben, Kredite gegen Zins zu vergeben. Entweder Herr Juncker hat also die ganzen Zusammenhänge nicht kapiert, oder man braucht nicht zu fragen, auf welcher Seite er steht. In beiden Fällen sollte das luxemburgische Volk ihn seines Amtes entheben!

Sie haben, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, in Ihrer Erklärung richtigerweise im Schwerpunkt "Veralterung der Bevölkerung" den Bedarf für neue Wohnformen erkannt und Sie wollen diesen Bedarf zu Recht berücksichtigen. Das bedeutet aber auch, und Sie haben es selber angemerkt, dass entsprechendes Betreuungspersonal beschäftigt werden muss. Das wird erneut den Einsatz öffentlicher Gelder erfordern. Man kann es also drehen und wenden wie man will, an dem Problem der Geldreform kommt Niemand mehr vorbei. Und ich

garantiere Ihnen, an dieser Frage werden sich in naher Zukunft die politischen Geister scheiden!

VIVANT- Fraktion

Dr. Joseph Meyer

Dr. Ernst Meyer